

NIEDERSCHRIFT

über die **4.** Sitzung **des Planungs-, Klimaschutz und Umweltausschusses**

(XVII. Wahlperiode)

öffentlicher Teil

Tag der Sitzung: **18.11.2021**
Ort der Sitzung: GV, Zentrum, Kreishaus Grevenbroich
Kreissitzungssaal (1. Etage)
Auf der Schanze 4, 41515 Grevenbroich
(Tel. 02131/928-2100)
Beginn der Sitzung: 17:04 Uhr
Ende der Sitzung: 20:36 Uhr
Den Vorsitz führte: Hans Christian Markert

Sitzungsteilnehmer:

• CDU-Fraktion

1. Herr Dr. Harald Freiherr von Canstein
2. Frau Birgit Frania Vertretung für Frau Sabina Kram
3. Herr Bertram Graf von Nesselrode
4. Herr Erik Packbier Vertretung für Frau Sandra Lohr
5. Herr Fabian Schröer
6. Herr Richard Streck
7. Herr Wolfgang Wappenschmidt
8. Herr Johann Andreas Werhahn

• SPD-Fraktion

9. Frau Christina Borggräfe
10. Frau Doris Hugo-Wisseemann
11. Herr Wolfgang Kaisers
12. Frau Sonja Kockartz-Müller
13. Frau Frederike Küpper Vertretung für Frau Manuela Lachmann
14. Herr Christian Stupp

• Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

15. Frau Katharina Janetta
16. Frau Annette Kehl
17. Frau Ute Leiermann

Punkt	Inhalt	Seite
1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit	4
2.	Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses Vorlage: 68/0889/XVII/2021	4
3.	Bestellung eines Schriftführers sowie einer stellvertretenden Schriftführerin Vorlage: 68/0890/XVII/2021	5
4.	Kommunalpartnerschaft mit der Gemeinde Campohermoso in Kolumbien Vorlage: 61/0898/XVII/2021	5
5.	Vortrag von Herrn Dr. Cremer (Erftverband) "Nitrat im Grundwasser im Rhein-Kreis Neuss - aktuelle Situation, Grundwassermessnetze, Düngeverordnung, Binnendifferenzierung " Vorlage: 68/0907/XVII/2021	6
6.	Vortrag von Herrn Timmer (Landwirtschaftskammer NRW) "Ausbringung von Wirtschaftsdünger, insbesondere von Gülle - rechtliche Vorgaben für Düngung und Überwachung - Was ist neu? Was hat sich bewährt?" Vorlage: 68/0908/XVII/2021	8
7.	Sachstandsbericht zu den Aktivitäten und Maßnahmen des Aktionsbündnisses für Insekten im Rhein-Kreis Neuss (ABI) mit Vortrag von Herrn Gerd Cremer (Käfer-Allee Gustorf/Gindorf e.V.) über Anlage und Entwicklung eines Blühstreifens Vorlage: 68/0886/XVII/2021	9
8.	Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2021 - Sachstandsbericht Investitionen Klimaschutz Vorlage: 68/0904/XVII/2021	10
9.	Vortrag zum Thema "Neustrukturierung der Energieverwaltung in NRW und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Rhein-Kreis Neuss" Vorlage: 61/0897/XVII/2021	11
10.	Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland und zur Änderung weiterer Vorschriften Vorlage: 68/0846/XVII/2021	11
11.	Abfallgebühren 2022 Vorlage: 68/0819/XVII/2021	11
12.	Mitteilungen	14
12.1.	Sachstandsbericht zum Brand auf dem Schrottplatz an der Stadtgrenze Neuss/Kaarst Vorlage: 68/0917/XVII/2021	14
12.2.	Sachstandsbericht zu Trinkwasserverunreinigungen nach dem Brand auf dem Schrottplatz an der Stadtgrenze Neuss/Kaarst Vorlage: 53/0903/XVII/2021	14
12.3.	Sachstandsbericht Hohe Grundwasserstände Vorlage: 68/0905/XVII/2021	15
12.4.	Energiebericht der kreiseigenen Gebäude Vorlage: VI/0896/XVII/2021	15
13.	Anfragen	15

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäß erfolgte Einladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung äußert er seine Verärgerung darüber, dass die Verwaltung den seitens des Ausschusses erbetenen Energiebericht zum wiederholten Male nicht vorgelegt habe. **Vorsitzender Herr Markert** erinnert daran, dass der letzte Energiebericht aus dem Jahr 2015 entstamme. Er erkennt an, dass die Corona-Pandemie bislang in hohem Maße personelle Kapazitäten gebunden habe. Wenn denn die Erstellung des Energieberichtes nicht mit eigenem Personal bewerkstelligt werden könne, müsse darüber nachgedacht werden, ein externes Fachgutachterbüro zu beauftragen.

In Sachen „Waldexkursion“ sagt **Vorsitzender Herr Markert**, dass diese im Frühjahr 2022 stattfinden solle.

2. Verpflichtung von sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern als Mitglieder des Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschusses Vorlage: 68/0889/XVII/2021

Protokoll:

Gem. § 41 Abs. 5 der Kreisordnung Nordrhein-Westfalen (KrO NW) i.V.m. § 8 Abs. 4 der Hauptsatzung des Rhein-Kreises Neuss können zu Mitgliedern der Ausschüsse neben Kreistagsmitgliedern auch sachkundige Bürgerinnen und Bürger aus den kreisangehörigen Gemeinden bestellt werden. Diese sind vom Ausschussvorsitzenden zu verpflichten.

Die Verpflichtungsformel lautet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehme, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle des Kreises erfüllen werde. (So wahr mir Gott helfe).“

Nachfolgende Sachkundige Bürgerinnen und Bürger werden als ordentliche Mitglieder des Planungs-, Klimaschutz und Umweltausschusses verpflichtet:

Für die CDU-Fraktion: Herr Fabian Schröer

Für die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN: Frau Katharina Janetta

Nachfolgende Sachkundige Bürgerinnen und Bürger werden als stellvertretende Mitglieder des Planungs-, Klimaschutz und Umweltausschusses verpflichtet:

Für die CDU-Fraktion: Frau Birgit Frania, Herr Erik Packbier

Für die Fraktion UWG/FW RKN/Zentrum: Herr Michael Kirbach

Für die Die Kreistagsgruppe: Frau Cora Koch-Schieweck.

3. Bestellung eines Schriftführers sowie einer stellvertretenden Schriftführerin
Vorlage: 68/0890/XVII/2021

Beschluss:

Der Planungs-, Klimaschutz- und Umweltausschuss beschließt, Herrn Tech. Kreisbeschäftigten Karl-Heinz Olk zum Schriftführer und Frau Kreisamtfrau Andrea Steins zu seiner Stellvertreterin für die Dauer der Wahlperiode XVII zu bestellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

4. Kommunalpartnerschaft mit der Gemeinde Campohermoso in Kolumbien
Vorlage: 61/0898/XVII/2021

Protokoll:

(Anmerkung der Schriftführung: Sämtliche Powerpoint-Vorträge werden der Niederschrift elektronisch beigelegt.)

Herr Temburg leitet in das Thema „Partnerschaftsprojekt Campohermoso- Rhein-Kreis Neuss“ ein.

Herr Thiago de Carvalho Zakrzewski, Beauftragter für Klimaschutz und Nachhaltigkeit des Rhein-Kreises Neuss, stellt das seit 2018 existierende Projekt mittels Powerpoint- Vortrag vor. Hierbei stehen Schwerpunkte wie „Ausbau der Erneuerbaren Energien“ und eine „nachhaltig betriebene Landwirtschaft“ im Vordergrund. Aktuell nehmen die beiden Partner, Campohermoso und der Rhein-Kreis Neuss, an mehreren Projekten aus dem kommunalen Bereich teil, z. B. an einem zweijährigen Projekt namens „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“, an einem Corona-Solidarpaket und an der Ausstattung der größten Bildungseinrichtungen vor Ort mit Photovoltaik, mit Hilfe eines sogenannten Nakopa-Projekts. **Herr Thiago de Carvalho Zakrzewski** berichtet in diesem Zusammenhang auch vom geplanten Aufbau eines Schüleraustauschs zwischen Schulen in Campohermoso und aus dem Rhein-Kreis Neuss.

Der nachfolgende Redebeitrag des Bürgermeisters von Campohermoso, **Jaime Yesid Rodriguez Romero**, derzeit mit einer dreiköpfigen Delegation zu einem Arbeitsbesuch vor Ort, wird von der Dolmetscherin **Frau Vivian Puhmann** übersetzt.

Bürgermeister Jaime Yesid Rodriguez Romero informiert, dass in seiner Gemeinde vor kurzem auch das Coronavirus nachgewiesen worden sei. Er bedauert, dass viele Regierungen die Versprechungen zum Klimaschutz nicht umsetzen, dabei müsse eigentlich noch schneller gehandelt werden. Er fügt hinzu, dass in Kolumbien die

Klimaproblematik noch nicht so gesehen werde, wie sie gesehen werden müsste. Ursache: Die Natur in Kolumbien sei noch relativ intakt, die Auswirkungen der Klimaveränderung nicht so offensichtlich wie in anderen Ländern. Er selber werde sich jedoch nach der Rückkehr vermehrt für den Klimaschutz einsetzen, auch auf Basis der Informationen, die er hier in Deutschland dankenswerterweise erhalten habe.

Bürgermeister Jaime Yesid Rodriguez Romero betont, dass in Campohermoso als nächstes die Schulen mit Photovoltaik ausgestattet und die Kinder in Sachen Nachhaltigkeit unterrichtet werden sollen. Zudem kaufe die Gemeinde weiterhin Land auf, um Wälder und Wasserressourcen zu schützen. Er berichtet über die Vorreiterrolle, die Campohermoso inzwischen in Kolumbien innehat, auch wegen seiner Kompostierungsanlage, der Umstellung auf LED und des Einsatzes gegen die Waldzerstörung.

Bürgermeister Jaime Yesid Rodriguez Romero bedankt sich für die langjährige Unterstützung seiner Gemeinde durch den Rhein-Kreis Neuss.

5. Vortrag von Herrn Dr. Cremer (Erftverband) "Nitrat im Grundwasser im Rhein-Kreis Neuss - aktuelle Situation, Grundwassermessnetze, Düngeverordnung, Binnendifferenzierung "
Vorlage: 68/0907/XVII/2021

Protokoll:

Herr Dr. Cremer, Hydrogeologe beim Erftverband und stellvertretender Leiter der Abteilung Grundwasser, gliedert seinen Powerpoint- Vortrag über die Situation des Grundwassers im Rhein-Kreis Neuss wie folgt:

- Grundwasserströmungssituation,
- Bergbaubedingte Grundwasserabsenkungen im Kreisgebiet,
- Grundwasserüberwachung,
- Flächennutzung und Grundwasserzustand,
- Nitrat im Grundwasser

Herr Dr. Cremer dokumentiert anhand einiger Folien, welchen enormen Einfluss die bergbaubedingten Sumpfungsmaßnahmen auf die Grundwassersituation im Kreisgebiet haben. Er informiert über die gesetzlich begründeten Aufgaben des Erftverbandes, insbesondere die Sicherung der Wasserversorgung und die Überwachung des Grundwassers. **Herr Dr. Cremer** erklärt, dass sich das Sickerwasser, natürlich in Abhängigkeit von der Bodenart, durchschnittlich ca. 1 m pro Jahr Richtung Grundwasser bewege. Der Erftverband habe bis dato bei über 1.000 seiner Grundwassermessstellen die Herkunft des Nitrates ermittelt, also, ob es aus Waldgebieten, Siedlungsbereichen oder aus landwirtschaftlich genutzten Flächen entstamme.

Herr Dr. Cremer betont, dass im Verbandsgebiet durchschnittlich 59 mg Nitrat pro Liter Grundwasser aus dem Einflussbereich der Landwirtschaft entstammen, 83 % des gesamten Nitratgehaltes. Er informiert über Regionen im Kreisgebiet mit niedrigen Nitratwerten. Dies seien primär die Bereiche im Absenkungstrichter mit tiefen Grundwässern aber auch Bereiche mit hohen Grundwasserständen und organikreichen Böden. Stickstoffliebende Bakterien bauen hier das Nitrat ab.

Herr Dr. Cremer stellt fest, dass sich die hohen Nitratgehalte in den vergangenen Jahrzehnten trotz vielerlei Anstrengungen praktisch nicht verändert haben. Er informiert über die Denitrifikationslage im Wasserwerk Broichhof, wo im Rohwasser sehr aufwendig der Nitratgehalt gesenkt werde.

Herr Dr. Cremer informiert über die Ausweisung nitratbelasteter Gebiete gemäß Düngeverordnung und die dortigen verschärften Bedingungen für die Landwirtschaft. Allerdings liegen viele Bereiche mit hohen Nitratwerten außerhalb dieser definierten Gebietskulisse. Dies habe die EU-Kommission erkannt und Deutschland dafür kritisiert.

Herr Dr. Cremer fasst zusammen, dass die Nitratsituation im Grundwasser stabil unbefriedigend sei.

Herr Wehrhahn verweist darauf, dass in den letzten Jahren deutschlandweit weniger Düngemittel verkauft worden seien. **Herr Dr. Cremer** informiert, dass aufgrund der trockenen Sommer viele Landwirte oft auf die letzte Stickstoffgabe verzichtet haben. Witterungsbedingt seien aber auch die Erträge zurückgegangen, sodass der Stickstoffentzug durch die Pflanzen ebenfalls geringer ausgefallen sei, für die Nitratbilanz also ein Nullsummenspiel. **Herr Wehrhahn** fragt zu den Stickstoffeinträgen aus den Kläranlagen. **Herr Dr. Cremer** sagt, dass im Regelfalle das Grundwasser in die Oberflächengewässer fließe und nicht anders herum, sodass der Einfluss der Kläranlagen für das Grundwasser gering sei. **Frau Steiner** erkundigt sich zur Eutrophierung der Oberflächengewässer. **Graf von Nesselrode** erkundigt sich, wie viel Stickstoff aus der Luft in die Böden gelange. **Herr Dr. Cremer** antwortet, dass dies insbesondere in Gebieten mit hohem Viehbestand kleinräumig eine Rolle spiele.

Herr Wappenschmidt fragt, was Herr Dr. Cremer vom Modell zur Berechnung der Grundwasserbelastung halte. Er verweist darauf, dass bereits über 50 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche im Rhein-Kreis Neuss zum roten Grundwasserbereich gehöre. **Herr Dr. Cremer** betont, dass die roten Grundwasserkörper und die Ausweisung nitratbelasteter Gebiete gemäß Düngeverordnung nicht identisch seien, da wichtige Eingangsdaten aus dem an sich guten Berechnungsmodell herausgenommen worden seien. So werden z. B. auch nur noch wenige Messstellen berücksichtigt. **Herr Dr. Cremer** hebt hervor, dass geeignete Maßnahmen wie der reduzierte Düngemiteleininsatz auch in den wirklichen Belastungsgebieten angewendet werden sollen und nicht nur auf den kleineren Ausweisungsflächen nach Düngeverordnung.

Frau Hugo-Wissemann fragt, wer für die Flächenabgrenzungen nach Düngeverordnung zuständig sei. Sie möchte zudem wissen, ob durch die ökologische Landwirtschaft der Nitratgehalt im Grundwasser reduziert werden könne. **Dr. Freiherr von Canstein** betont, dass laut Umweltbundesamt lediglich drei Wasserwerke in Deutschland Nitrat entfernen. Dazu gehöre auch das Wasserwerk Broichhof in Neuss. **Dr. Freiherr von Canstein** wünscht Aussagen zur Kostenseite. Er fragt zu den Mehrkosten durch den Betrieb einer Denitrifikationsanlage, also der Nitratentfernung im Wasserwerk, und den Mindererträgen in der Landwirtschaft durch eine reduzierte Düngung. **Herr Packbier** erkundigt sich zur Schwankungsbreite bei den Messwerten und zu den Beprobungsintervallen. **Herr Dr. Cremer** informiert, dass die Pegel einmal pro Jahr beprobt werden, weil jahreszeitliche Einflüsse im Grundwasser unerheblich seien. Allerdings spielen Änderungen bei den Nutzungsformen eine Rolle, z. B. bei der Fruchtfolge oder nach einem Grünlandumbruch. **Herr Dr. Cremer** betont, dass die meisten Wasserwerke die hohen Kosten für den Betrieb einer Denitrifikationsanlage scheuen. Im Regelfalle werde bei hohen Nitratgehalten einfach tiefer gebohrt, allerdings mit dem Risiko, dass dann durch den neu geschaffenen größeren Absenkungstrichter vermehrt Nitrat auch in tiefere Grundwasserstockwerke gelangen könne. Er informiert, dass für die Ausweisung der nitratbelasteten Flächen das Landesumweltamt

zuständig sei. Zur Kostenseite könne er keine Aussagen machen. Bundesweite Untersuchungen zeigen auf, dass der ökologische Landbau tendenziell zu geringeren Nitratbelastungen führe. **Herr Dr. Cremer** stellt heraus, dass der Zwischenfruchtanbau aus wasserwirtschaftlicher Sicht uneingeschränkt befürwortet werde, also grundsätzlich der richtige Weg sei. **Frau Janetta** erkundigt sich zum Einfluss hoher Nitratgehalte auf die Artenvielfalt.

Nach Rücksprache mit **Herrn Mankowsky** sagt **Vorsitzender Herr Markert**, dass die Verwaltung sich dieser Frage annehmen werde.

6. Vortrag von Herrn Timmer (Landwirtschaftskammer NRW) "Ausbringung von Wirtschaftsdünger, insbesondere von Gülle - rechtliche Vorgaben für Düngung und Überwachung - Was ist neu? Was hat sich bewährt?"

Vorlage: 68/0908/XVII/2021

Protokoll:

Herr Timmer von der Landwirtschaftskammer (LWK) NRW, Geschäftsführer der Kreisstellen Rhein-Erft-Kreis, Rhein-Kreis Neuss und dem Rhein-Sieg-Kreis, referiert mittels Powerpoint-Vortrag über die Ausbringung von Wirtschaftsdüngern, speziell über die rechtlichen Vorgaben und die Überwachung. **Herr Timmer** führt zunächst aus, dass im Rhein-Kreis Neuss auf einer landwirtschaftlichen Nutzfläche von derzeit 294,5 km² insgesamt 599 Betriebe existieren. Überwiegend werden hier Getreide, Zuckerrüben und Kartoffel angebaut. Die Tierhaltung spiele im Rhein-Kreis Neuss nur eine untergeordnete Rolle. Er informiert über die wichtigsten Unterschiede zwischen den nicht mit Nitrat belasteten und den mit Nitrat belasteten Gebieten.

So gelten für die nitratbelasteten Gebiete:

- Ein verpflichtender Zwischenfruchtanbau
- Verlängerte Sperrfristen
- Keine Herbsdüngung nach Ernte der Hauptfrucht mehr möglich
- Verpflichtende Analysen der Nährstoffgehalte von organischen Düngemitteln
- Alle 3 Jahre eine Schulung der Landwirte zum Thema Düngung
- Eine Reduzierung des berechneten Stickstoffbedarfs in Höhe von 20 %

Herr Timmer erklärt, wie ein Landwirt vor der eigentlichen Düngung erst eine Düngemittelbedarfsermittlung durchführen muss. Er betont, dass die Importmengen von organischem Dünger in den letzten 3 Jahren drastisch zurückgegangen seien. Er zeigt das Organigramm der LWK mit den vielfältigen Aufgaben, zum einen als Landesbehörde (z. B. für die Kontrollen zuständig), zum anderen als Selbstverwaltungskörperschaft (vor allem für die Beratung zuständig). **Herr Timmer** informiert über die systematischen Kontrollen, die nach Auswahl durch das Landesumweltamt in Abstimmung mit dem Umweltministerium von der LWK durchgeführt werden und betont, dass so jährlich ca. 10 % der Betriebe in NRW kontrolliert werden. Ca. 15 % dieser Nährstoffvergleichskontrollen seien beanstandet und mehr als 330.000 € an Bußgeldern verhängt worden.

Herr Timmer berichtet auch über die anlassbezogenen Kontrollen. Dabei handle es sich überwiegend um Beschwerden bei Geruchsbelästigungen. Er informiert über die

Prüfparameter wie die Einarbeitungspflicht bei Gülle oder auch die Einhaltung von Sperrfristen. **Herr Timmer** verweist auf eine Internetseite der LWK NRW zum Thema (www.quelle-nrw.de). Er hebt hervor, dass es beim Einsatz der organischen Düngung zahlreiche gesetzliche Regelungen und Vorgaben gebe. Er regt an, einen landwirtschaftlichen Betrieb zu besuchen. Dabei könne man sich auch den ganzen bürokratischen Aufwand, den ein Landwirt heutzutage bewältigen müsse, erklären lassen.

Frau Steiner wünscht Informationen über die Aufgabenfelder der LWK. **Dr. Freiherr von Canstein** kritisiert die Umweltorganisationen, die seiner Meinung nach in Sachen Landwirtschaft die Bevölkerung verunsichern. **Vorsitzender Herr Markert** kritisiert die Schärfe und den Wortlaut. Er gibt zu Protokoll, dass der Ausschuss Vertreter von anerkannten Umweltverbänden zum Thema einladen solle. **Frau Janetta** berichtet von einer guten Zusammenarbeit zwischen Landwirten und den Grünen in Rommerskirchen. **Herr Timmer** verweist auf die zunehmend gute Zusammenarbeit zwischen Landwirtschaft und Naturschutz und vertritt den kooperativen Ansatz. **Herr Wappenschmidt** verweist wie Herr Timmer auf die erheblichen Vorgaben, die ein Landwirt einhalten müsse. Er halte den eingeschlagenen Weg zur Reduzierung der Nitratgehalte im Grundwasser aber für richtig. **Frau Leiermann** fragt, ob vielleicht die Berechnungsformel für die Düngermengen falsch und deshalb der Nitratgehalt im Grundwasser zu hoch sei oder ob die Landwirte doch zu viel düngen trotz Kontrollen. Auch **Frau Hugo-Wissemann** sieht die Ausführungen von Dr. Freiherr von Canstein kritisch. Sie betont, dass zu hohe Nitratgehalte in den Böden und in den Gewässern schädlich für die Biodiversität seien. Sie fragt, ob die schwarzen Schafe unter den Landwirten häufiger als nicht auffällige Betriebe kontrolliert werden. **Herr Timmer** bejaht dieses. Er verweist auf Düngeoptimierungsversuche der LWK, um mit den Ergebnissen den Landwirten beim Einsatz der Dünger besser helfen zu können.

Herr Dr. Cremer informiert, dass auch bei Einhaltung aller gesetzlichen Vorgaben der Grenzwert selbst rein rechnerisch nicht einzuhalten sei. **Vorsitzender Herr Markert** fasst zusammen, dass die Vorträge und die heutigen Diskussionen belegen, wie wichtig diesem Ausschuss der Gewässerschutz sei. Er wiederholt, dass ein anerkannter Umweltverband zum Thema „Nitrat im Grundwasser“ eingeladen werden solle. Auch könne er sich gut vorstellen, dass der Ausschuss sich einmal auf landwirtschaftlichen Betrieben über die dortige Arbeit informiere.

7. Sachstandsbericht zu den Aktivitäten und Maßnahmen des Aktionsbündnisses für Insekten im Rhein-Kreis Neuss (ABI) mit Vortrag von Herrn Gerd Cremer (Käfer-Allee Gustorf/Gindorf e.V.) über Anlage und Entwicklung eines Blühstreifens
Vorlage: 68/0886/XVII/2021

Protokoll:

Herr Mankowsky informiert über das Aktionsbündnis für Insekten, das sich zu einem regelrechten Netzwerk weiterentwickelt habe. So beteiligen sich inzwischen auch die Kreislandwirte und die Kreisjägerschaft an diesem Bündnis. **Herr Mankowsky** merkt an, dass das Gemeinschaftswerk Natur und Umwelt (NUN) des Rhein-Kreises Neuss das Projekt, welches nun von **Herrn Cremer** vorgestellt werde, finanziell unterstützt habe.

Herr Cremer berichtet über die Anfänge des Projektes „Käfer-Allee“. Gemeinsam mit ca. 200 Bewohnern von Gustorf und Gindorf sei ein 1,5 km langer Blühstreifen unter-

halb der L 116 angelegt worden. Auf diesem Blühstreifen sollen Lebens- und Rückzugsräumen für Tiere und Pflanzen geschaffen werden. Etwas später sei hieraus der Verein „Käfer-Allee Gustorf/Gindorf e. V.“ erwachsen. **Herr Cremer** betont, dass es sich um ein rein durch Spenden finanziertes Projekt handle.

Fachkundige Empfehlungen für das richtige Saatgut habe man sich bei den Mitarbeitern des Umweltzentrums „Schneckenhaus“ eingeholt. Die Experten haben Saatmischungen empfohlen, die an die Bedingungen der Region angepasst seien. **Herr Cremer** informiert, dass sich inzwischen viele Insektenarten angesiedelt haben. Besonders stolz sei man auf einen Schmetterling, der in Teilen Deutschlands auf der roten Liste geführt werde. Aus dem Blühstreifen sei zwischenzeitlich sogar ein Lehrpfad entstanden, mit interessanten Informationen zur lokalen Flora und Fauna. Das Projekt „Käferallee“ sei bereits mehrfach ausgezeichnet worden.

Herr Cremer hebt hervor, dass sich aus dem Projekt heraus weitere Aktionen zum Schutze der Umwelt herausgebildet haben, insbesondere in Schulen und Kitas. So werden Paten für Abschnitte des Blühstreifens geworben, kleinere Ableger der Käfer-Allee geplant und auch Anleitungen zum Bau von Bienenhotels verteilt.

Am Ende seines Vortrags erinnert **Herr Cremer** an **Norbert Wolf**, dem kürzlich verstorbenen Umweltbeauftragten der Stadt Grevenbroich, der immer mit Rat und Wissen das Projekt unterstützt habe.

Vorsitzender Herr Markert fragt, ob mittlerweile auch anerkannte Naturschutzverbände im Aktionsbündnis für Insekten mitarbeiten. **Herr Große** antwortet, dass der Kreis eng mit der Biologischen Station zusammen arbeite, auch bei der Umwandlung von Wegerainen in Blühwiesen. Da Biologische Stationen ja per se Bindeglieder zwischen Verwaltung und ehrenamtlichen Naturschutz darstellen, seien die Verbände auch eingebunden, ohne jeweils separat aufgeführt zu werden.

Herr Mankowsky fügt hinzu, dass ein großer Vorteil an der Mitgliedschaft von Landwirtschaft und Jägerschaft darin liege, über viel eigenes Land zu verfügen, sodass dort geeignete Maßnahmen einfacher umgesetzt werden können. Er verweist auf den Arbeitsbericht 2021 und regt an, dass bei der Vorstellung des Berichts im nächsten Jahr hier im Ausschuss auch die Biologische Station mit ihrem breiten Fachwissen eingeladen werden könne.

8. Antrag der Kreistagsfraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 02.11.2021 - Sachstandsbericht Investitionen Klimaschutz Vorlage: 68/0904/XVII/2021

Protokoll:

Frau Hugo-Wissemann verweist auf die umfangreiche Tischvorlage zum Thema. Für die Durchsicht der Unterlagen werde aber etwas Zeit benötigt, sodass dieses Thema ggfs. in der nächsten Sitzung nochmals angesprochen werde.

Die für die Sitzung erstellte Tischvorlage (Vorlage 68/0927/XVII/2021) ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

*Anmerkung zum Protokoll: **Vorsitzender Herr Markert** hat nach der Sitzung den Wunsch geäußert, das Thema „Food-Truck“ bei der regionalen Lebensmittelversorgung ebenfalls zu beleuchten. Die Verwaltung wird dies prüfen.*

9. Vortrag zum Thema "Neustrukturierung der Energieverwaltung in NRW und die damit verbundenen Auswirkungen auf den Rhein-Kreis Neuss"

Vorlage: 61/0897/XVII/2021

Protokoll:

Frau Borggräfe betont, dass ja eigentlich die konkreten Auswirkungen auf den Rhein-Kreis Neuss und insbesondere auf die Klimaallianz benannt werden sollten. Dies könne Sie allerdings der Vorlage nicht entnehmen. **Herr Temburg** informiert über ein aktuelles Schreiben von Minister Pinkwart und sagt zu, dieses dem Protokoll beizufügen. Es werde eine neue Landesgesellschaft namens NRW.Energy4Climate gebildet, die nahtlos die Aufgaben der Energieagentur.NRW übernehmen solle.

Frau Borggräfe wünscht, dass in der nächsten Sitzung zu den direkten Auswirkungen auf den Kreis vorgetragen werde.

Herr Temburg sagt zu, diesbezüglich mit der designierten Geschäftsführung der neuen Landesgesellschaft Kontakt aufzunehmen.

10. Verkündung des Gesetzes zum Schutz der Insektenvielfalt in Deutschland und zur Änderung weiterer Vorschriften

Vorlage: 68/0846/XVII/2021

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortbeiträge.

11. Abfallgebühren 2022

Vorlage: 68/0819/XVII/2021

Protokoll:

Herr Wahlen verweist auf die detaillierte Vorlage. Er setzt in seinem Redebeitrag den Focus auf die notwendige Gebührenerhöhung. Dafür benennt er drei Gründe.

1. Ein erheblicher Anteil an der Gebührenerhöhung resultiert aus der Vorbelastung aus negativen Jahresergebnissen 2019 und 2020. Zwei Rottereaktoren seien altersbedingt ausgefallen. Dort sei eine tiefgreifende Betonerosion festgestellt worden. Um die aufwendigen und teuren Sanierungsarbeiten durchführen zu können, mussten monatelang auch alle anderen Rottereaktore abgeschaltet werden. In dieser Zeit sei zwangsläufig mehr Abfall in die Müllverbrennungsanlagen gefahren worden, was die Jahresergebnisse belastet habe.
2. In 2022 müsse die Löschanlage teilweise ausgetauscht werden. Nach einem Alter von über 30 Jahren seien die meisten Rohrleitungen korrodiert. Die Sanierungskosten liegen voraussichtlich bei etwa 700.000 €. Für den Kompletttausch müsse die WSAA abermals für ca. drei Monate stillgelegt werden, vor allem wegen der umfangreichen Gerüstbauarbeiten. **Herr Wahlen** betont, dass bei Nichtsanierung der Verlust des Versicherungsschutzes drohe und die Genehmigungsbehörde die WSAA auch komplett stilllegen könne.

3. Bei Dienst- und Bauleistungen sowie bei den ausstehenden Ausschreibungen seien Preissteigerungen einkalkuliert worden.

Herr Wahlen fasst zusammen:

Wegen der Probleme mit den Rottehallen habe man in den letzten beiden Jahren erhebliche Defizite gemacht, die in den Folgejahren ausgeglichen werden müssen. Hinzu komme der notwendige Tausch der Rohre der Löschanlage. Die WSAA habe nach über 30 Jahren fast ihr Lebensende erreicht. Es sei nun an der Zeit, sich Gedanken über die zukünftige Abfallwirtschaft zu machen. Hierbei seien folgende Fragen zu beantworten:

- Wie stellt sich eine weitere Vorbehandlung unter Kosten-/Nutzenaspekten da?
- Wollen wir weiterhin eine mechanisch-biologische Abfallvorbehandlung oder soll lediglich umgeladen werden?
- Welche Form der Abfallbehandlung sei unter geänderten Rahmenbedingungen (z. B. Klimaschutz) zeitgemäß?

Abschließend stellt er heraus, dass sich die Erlöse aus der Altpapiervermarktung mit aktuell beinahe 200 € pro t auf einem Rekordniveau befänden. Die Kommunen, die im Altpapierbereich mit dem Kreis zusammen arbeiten, können daher so ggfs. die Gebührenerhöhung kompensieren.

Herr Mankowsky betont, dass es selbstverständlich Aufgabe des Fachausschusses und letztendlich des Kreistages sei, zu entscheiden, wie die Abfallwirtschaft in Kreis zukünftig strategisch aufgestellt werden solle. Er stellt heraus, dass die WSAA immer dazu beigetragen habe, die Abfallmengen zu reduzieren. Wertstoffe werden aussortiert, verwertet und in den Rottetunneln das im Abfall enthaltene Wasser abgeschieden. Immerhin kann so die Abfallmenge um bis zu 20 % reduziert werden, was natürlich die Kosten in der Müllverbrennungsanlage ebenfalls nicht unerheblich senke. **Herr Mankowsky** verweist auf die extremen Schwankungen auf dem Altpapiermarkt, die seit Februar 2020 von 4 € auf über 180 € pro t Altpapier gestiegen seien. Er stellt heraus, dass den kreisangehörigen Kommunen, die bei der Altpapiervermarktung mit dem Kreis zusammenarbeiten, die Erlöse aus der Altpapiervermarktung immer durchgereicht werden. In der Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Rhein-Kreis Neuss (AKN) sei der Gebührenhaushalt den kreisangehörigen Kommunen vorgestellt worden. Widerspruch habe es nicht gegeben.

Frau Hugo-Wissemann fragt, ob Rückstellungen dazu beitragen können, dass hohe Sanierungs- und Reparaturkosten nicht zu hohen Gebührensprüngen führen. **Herr Wappenschmidt** findet die 14 % ige Gebührenerhöhung hoch aber nachvollziehbar. Dass der finanzielle Erhaltungsaufwand bei einer alten Anlage weiter steigen werde, damit sei zu rechnen. Er plädiert dafür, zügig nach anderen ökologisch und ökonomisch vertretbaren Möglichkeiten zu suchen, Abfall zu behandeln. Die Einnahmesituation aus der Altpapiervermarktung könne sich im nächsten Jahr wieder ganz anders darstellen. Die Gebührenstruktur (z. B. die Entlastung bei der Biotonne) solle beibehalten werden. **Herr Werhahn** erinnert an die Zeit, als die WSAA etwas Innovatives gewesen sei. Er gehe weiterhin davon aus, dass es in der Zukunft noch mehr Abfalltrennung und noch mehr Kreislaufwirtschaft geben werde, selbst wenn dieses etwas teurer sei.

Herr Tressel, Herr Mankowsky und Vorsitzender Herr Markert diskutieren über verschiedene Möglichkeiten, wie der Bürger von der Altpapiervermarktung profitieren könne.

Herr Wahlen sagt, dass es sich insgesamt um ein sehr komplexes Thema handle. So funktioniere die Bildung von Rücklagen im Prinzip nur, wenn man vorher schon wisse, was repariert oder ausgetauscht werden solle. Im Falle der WSAA sei dieses jedoch nicht der Fall.

Herr Wahlen sagt zu, das Thema „Rücklagen“ zu klären. Abschließend stellt er heraus, dass die Untersuchungen zu den verschiedenen Möglichkeiten, wie der Abfall zukünftig behandelt werden könne, ergebnisoffen geführt werden.

Beschluss:

Der Planungs- Klima- und Umweltausschuss empfiehlt dem Kreistag folgende Beschlussfassung:

Fünfte Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auszahlung von Vergütungen für die Benutzung der durch den Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen

Aufgrund der §§ 5 Absatz 1, 26 Absatz 1 Buchstabe h der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 2021), der §§ 2 Absatz 1, 4 und 6 des Kommunalabgabengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 610) und des § 9 Absatz 2 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (SGV. NRW. 74) in Verbindung mit § 15 der Satzung über die Abfallentsorgung im Rhein-Kreises Neuss vom 28.09.1994 in den jeweils zur Zeit geltenden Fassungen hat der Kreistag des Rhein-Kreises Neuss in seiner Sitzung am 15.12.2021 die folgende Änderung der „Satzung über die Erhebung von Gebühren und Auszahlung von Vergütungen für die Benutzung der durch den Rhein-Kreis Neuss zur Verfügung gestellten Abfallentsorgungsanlagen“ beschlossen.

§ 1

§ 2 Abs. 1 Nummer 1 erhält folgende Fassung:

1. Haus- und Sperrmüll 210,64 Euro / Mg

§ 2 Abs. 2 erhält folgende Fassung:

(2) Die Vergütung bzw. die Gebühr nach § 1 Nr. 1 wird für Altpapier, -pappen, -kartonagen nach folgender Berechnungsformel bestimmt:

$$G = m * 87,60 * (z / z_0) - m * 28,64$$

Dabei bedeuten:

G: Vergütung in Euro (bei einem negativen Wert wird eine Gebühr erhoben)

m: angeliefertes Altpapier, -pappen, -kartonagen in Gewichtstonnen (Megagramm)

z: Statistisches Bundesamt: Index der Großhandelsverkaufspreise für Altpapier, Ge-

misches Altpapier, (B 12 - 1.02), Gewicht 100% für den jeweiligen Abrechnungsmo-
nat.

z₀: Statistisches Bundesamt: Index der Großhandelsverkaufspreise für Altpapier, Ge-
misches Altpapier, (B 12 - 1.02), Gewicht 100% für den Monat Juli 2018.

§ 2

Diese Änderungssatzung tritt zum 01.01.2022 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

12. Mitteilungen

12.1. Sachstandsbericht zum Brand auf dem Schrottplatz an der Stadt- grenze Neuss/Kaarst

Vorlage: 68/0917/XVII/2021

Protokoll:

Herr Mankowsky verweist auf die Tischvorlage und fasst die wesentlichen Informati-
onen zusammen. **Frau Frania** sagt, dass vor Ort keine Aktivitäten sichtbar seien.

Herr Mankowsky betont, dass die Fläche, die vom Brand betroffen gewesen sei,
mittlerweile weitestgehend frei geräumt sei.

Vorsitzender Herr Markert schlägt vor, dass die Verwaltung bei neuen Entwicklun-
gen den Ausschuss weiterhin auf dem Laufenden hält.

Die für die Sitzung erstellte Tischvorlage (Vorlage: 68/0936/XVII/2021) ist der Nieder-
schrift als Anlage beigefügt.

12.2. Sachstandsbericht zu Trinkwasserverunreinigungen nach dem Brand auf dem Schrottplatz an der Stadtgrenze Neuss/Kaarst

Vorlage: 53/0903/XVII/2021

Protokoll:

Es erfolgen keine Wortbeiträge.

12.3. Sachstandsbericht Hohe Grundwasserstände

Vorlage: 68/0905/XVII/2021

Protokoll:

Vorsitzender Herr Markert verweist auf die Vorlage. Es erfolgen keine Wortbeiträge.

12.4. Energiebericht der kreiseigenen Gebäude

Vorlage: VI/0896/XVII/2021

Protokoll:

Frau Hugo-Wissemann erklärt, warum der Energiebericht für die SPD-Fraktion so wichtig sei. Sie verweist auf das neue Klimaschutzgesetz, welches vorsehe, den CO₂-Ausstoß bis zum Jahre 2030 im Vergleich zu 1990 um 65 % abzusenken. Dies betreffe natürlich auch den Gebäudesektor. **Frau Hugo-Wissemann** betont, dass Energieberichte eine gute Datengrundlage für geeignete CO₂-Minderungsmaßnahmen darstellen. Sie fragt, ob es möglich sei, den CO₂-Ausstoß für jedes kreiseigene Gebäude zu berechnen.

Sie regt gemeinsam mit dem **Vorsitzenden Herrn Markert** an, nach all den Jahren ohne Energieberichte zu überlegen, ob nicht externe Gutachter beauftragt werden sollen.

Herr Vieten bedauert, dass der Energiebericht auch heute nicht vorgelegt werden könne. Er bittet um Verständnis. Denn ausgerechnet die beiden Verwaltungsmitarbeiter im Amt für Gebäudewirtschaft, die für das Energiecontrolling zuständig seien, arbeiten seit anderthalb Jahren im Kreisgesundheitsamt im Bereich der Coronahilfe. Die Personalknappheit sei hier in der Tat das Hauptproblem. **Herr Vieten** betont, dass im Energiebericht selbstverständlich auch Angaben zum CO₂-Ausstoß gemacht werden. Er plane zudem, zunächst in den Kreisschulen, neue digitale Techniken einzusetzen, die es erlauben, Energieverbräuche jederzeit automatisiert abzurufen. **Herr Vieten** sagt zu, dass der Energiebericht bis zur nächsten Ausschusssitzung fertig gestellt werde.

Dr. Freiherr von Canstein spricht sich dafür aus, auch zu ermitteln, wie viel CO₂ mit wie viel Euro eingespart werde. Damit sei man dann in der Lage, die verschiedenen Maßnahmen entsprechend zu gewichten. **Frau Kehl** plädiert dafür, das Thema „Klimaschutz“ auch mit mehr Personal in der Verwaltung voran zu bringen.

13. Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Anfragen vor.

Abschließend benennt **Vorsitzender Herr Markert** Schwerpunktthemen für die nächsten Ausschusssitzungen:

- Waldexkursion
- Energiebericht
- Landesgesellschaft NRW.Energy4Climate
- Nitrat und Biodiversität
- Besuch eines konventionell und eines ökologisch wirtschaftenden Bauernhofs
- Einladung des Landesbüros für Umweltverbände zur Grundwassersituation

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss **Vorsitzender Hans Christian Markert** um 20:29 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung.



Hans Christian Markert
Vorsitz



Karl-Heinz Olk
Schriftführung